

Die Erinnerung wach halten!

Am 17. Juni 1953 erhoben sich Hunderttausende Menschen in der DDR gegen das SED-Regime. Sie demonstrierten gegen Unfreiheit und Unterdrückung. Sie forderten die Einhaltung demokratischer Grundrechte und kämpften für persönliche Freiheit. Ihr Einsatz und ihr Opfer ist uns Mahnung und Auftrag, den Wert der Demokratie zu schätzen und zu verteidigen.

- Der Volksaufstand begann als Arbeitererhebung, weil die SED-Diktatur immer mehr Leistung für wenig Geld einforderte. Dazu verschlechterten sich die Lebensbedingungen immer weiter.
- Die Demonstrationen richteten sich gegen die sozialistische Planwirtschaft, die schlechte Versorgungssituation und die durchgeführten Enteignungen. Die Demonstranten forderten freie Wahlen und die Einführung einer freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft.
- Der Volksaufstand des 17. Juni wurde mit brutaler Gewalt, Verfolgung und Sippenhaft niedergeschlagen. Unterdrückung, Verfolgung und Bspitzelung blieben die Rezepte des SED-Regimes zum Machterhalt bis 1989.
- Die CDU fordert: Der 17. Juni muss ein Tag der Erinnerung bleiben. Das Andenken an den Volksaufstand und seine Opfer soll aufrechterhalten werden. Dazu wollen wir weiterhin deutschlandweit durch Namensgebung geeigneter Plätze und Straßen beitragen.
- Die CDU setzt sich dafür ein, dass Hintergründe und Vorgänge des Volksaufstandes sowie der gesamte Zeitraum von SED-Diktatur und Deutscher Teilung fester Bestandteil im Unterricht an den Schulen werden.

Die Union wird alles dafür tun, dass die Aufarbeitung von Gewaltherrschaft und SED-Unrecht auch in Zukunft unvermindert weitergehen kann. Das sind wir den Opfern schuldig.

Die Mitte.

CDU